

# Auerthal-Zeitung.

Tageblatt für die Stadt Aue und Umgebung.

**Erscheinung**  
täglich Nachmittags, außer an Sonn- u. Feiertagen. — Preis pro Monat frei ins Haus 20 Pf., auswärts 25 Pf. — Mit der Sonntagsbeilage: „Der Heilsengel“ 5 Pf. mehr. — Bei der Post abgeholt pro Vierteljahr 1 Mk. — Durch den Briefträger 1.40 Mark.

Billigste Tageszeitung im Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: **Carl Hantsch**, Aue (Erzgebirge).  
Redaktion u. Expedition: **Aue**, Marktstraße.

**Anzeigen**  
Die einseitige Beilage 10 Pf., am Ende der Beilage die Corpus-Beilage 25 Pf., Resten pro Seite 20 Pf. — Bei 4 maliger Aufnahme 25% Rabatt. — Bei größeren Aufträgen u. mehrmaliger Aufnahme wird besonderer Rabatt gewährt. — Alle Postgebühren und Lombordruckgebühren nehmen Bestellungen an.

Nr. 78.

Donnerstag, den 15. Juni 1899.

12. Jahrgang.

## Auerthal-Zeitung

erscheint

jetzt täglich,

kostet

pro Monat

nur 20 Pfennige.

### Deutscher Reichstag

90. Sitzung vom 12. Juni, 1 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

**L.D.**: 3. Lesung des Gesetzesentwurfes betr. den Gehrentariff auf dem Nordostseeanal. — Die definitive Annahme erfolgte debattelos in der Fassung der zweiten Lesung.

Es folgte die 2. Lesung des Nachtragsetats. — Zur Abfindung der Gebrüder Denhardt hat die Kommission 150 000 Mark, statt der ausgeworfenen 100 000 Mark, beantragt. — Ein Antrag Lieber (Centr.) will den betreffenden Etatstitel so gefasst wissen, daß die Abfindung als eine einmalige und endgültige bezeichnet wird.

Staatssekretär v. Tschelmann erklärt sich mit dem Antrage Lieber einverstanden. — Der Titel wird in der Lieber'schen Fassung bewilligt.

Bei der Nachtragsforderung im Etat des Reichsamts des Innern für einen vortragenden Rat, der namentlich mit der Praxis der Gewerbeaufsicht vertraut sein soll, verbreitet sich

Abg. Bebel (Soz.) über die Notwendigkeit nicht nur der Bäckereiverordnung, sondern mehr noch einer strengen Kontrolle der Bäckereien in bezug auf Durchführung der Gewerbeordnungsvorschriften.

Staatssekretär Graf Posadowsky giebt zu, daß sich in einem Prozeß in Würzburg Dinge ergeben hätten, denen zufolge es in manchen Bäckereien zu wünschen übrig lasse. Er habe Bericht darüber von der bayerischen Regierung erbeten, um zu wissen, ob noch weitere generelle Verfügungen nötig seien. Was die Aushebung oder Abänderung der Bäckereiverordnung betreffe, so müsse er erklären, daß diese Frage noch in der Schwebe sei.

Abg. Hoch (Soz.) tritt lebhaft für Maßnahmen zum Schutze der Bauarbeiter ein.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, die Regierung wende dem ihr regstes Interesse zu. Es seien auch einschlägige Vorschläge an die Einzelregierungen ergangen; die Antworten ständen noch aus. Sobald diese eingegangen, werde sich das Reichsamt des Innern schlüssig machen, damit möglichst schon in dieser Session eine Vorlage eingebracht werden könne. Was die Bemerkung des Vorredners, daß kein Kommissar auf dem letzten Bauarbeiterkongreß anwesend war, anlangt, so bemerke er, Redner, daß täglich Einladungen zur Besichtigung von Kongressen an die Regierung gelangen, so daß es unmöglich sei, allen Folge zu leisten. Außerdem könne man doch der Regierung nicht zumuten, Kongresse zu besuchen mit republikanischen Abgeordneten. Der „Vorwärts“ habe f. B. den durch Instruktion erlangten Streikverlauf veröffentlicht. Die Regierung habe aber auch ein Rundschreiben an die Regierungen versendet, in denen diese gebeten würden, bei jedem Streik auch die Arbeiter zu hören, um die Ursachen des Streiks genau zu ermitteln. Dieses Rundschreiben habe der „Vorwärts“ nicht veröffentlicht.

Abg. Bebel (Soz.) meint, die Regierung solle doch sämtliche Erlasse dem „Vorwärts“ zusenden; dieser werde sie gerne veröffentlichen. Redner geht alsdann nochmals auf die Bäckereifrage ein.

Bayer. Ministerialdirektor v. Hermann bemerkt, bezüglich des Würzburger Prozesses, das darüber eingeforderte Material habe er noch nicht erhalten, sobald dies gesehen sei, werde er hierüber Aufklärung geben.

Abg. Stadthagen (Soz.) erwidert dem Staatssekretär Grafen Posadowsky, er habe bisher noch nicht gewußt, daß das rote Tuch auch auf Menschen solche Wirkung ausübe. Präsident Graf Ballestrem ruft den Redner für diese Aeußerung zur Ordnung. Redner fortfahrend: Er könne gar nicht begreifen, wie die Regierung Anstoß nehmen könne an der roten Fahne, die doch das Banner der Menschenliebe sei (Beifall).

Staatssekretär Graf Posadowsky bemerkt: „Wir wünschen wohl alle, den Arbeitern nach Möglichkeit Schutz zu gewähren. Aber die Sozialdemokraten verquicken mit den berechtigten Arbeiterbestrebungen auch noch ganz andere Bestrebungen. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ wurden auf dem Bauarbeiterkongreß Hochs auf die Arbeiterbewegung ausgebracht, und das bedeute doch Hochs auf die Sozialdemokratie. Da gehört ein Staatssekretär nicht hin.“

Abg. Bebel (Soz.) behauptet, die roten Embleme brauchten für die Regierung kein Hindernis zu sein, Kommissare zu entsenden.

Die Debatte wird geschlossen, der Titel wird genehmigt.

Es folgt die 2. Lesung eines Hypothekendarlehen-Gesetzes. Dieses wird en bloc angenommen.

Morgen 1 Uhr: 3. Lesungen der Gesetze über Invalidenrenten, Hypothekendarlehen-Gesetz, Invalidenversicherung.

Schluß nach halb 5 Uhr.

### Aus aller Welt.

Prinzessin Luise von Koburg, deren Erlebnisse so viel die Öffentlichkeit beschäftigt haben, ist nach der Anstalt Bindenhof bei Dresden gebracht worden. Das Entmündigungsverfahren ist beendet, und auf das von der Wiener medizinischen Fakultät festgestellte Gutachten der Gerichtsarzte, das auf Schwachsinn lautet, wurde die Prinzessin in ihrer Vormundschaft gestellt. — Die „Wiener Allg. Ztg.“ schreibt über die Abreise der Prinzessin und ihren künftigen Aufenthaltsort folgendes: Heute (12.) Morgen hat die Prinzessin Luise von Koburg das Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie verlassen. Sie ist mit dem Silzuge der Nordwestbahn nach Bindenhof in Sachsen abgereist. Die Prinzessin war guten Muts und sieht trefflich aus. Sie war im Wagen von Purlersdorf auf den Bahnhof gekommen und begab sich rasch, lange Zeit vor Abgang des Zuges, in den Salonwagen, der ihr von der Eisenbahnverwaltung zur Verfügung gestellt worden war und in welchem sich ihre Begleitung bereits eingefunden hatte. — Als Aufenthaltsort für die Prinzessin Luise von Koburg wurde die bekannte Anstalt des Sanitätsrates Pierson in Bindenhof bei Dresden bestimmt. Es ist dies zum Unterschied vom Sanatorium Purlersdorf, in dem die Prinzessin bisher verweilte, eine geschlossene Anstalt.

Die Villa Martius in Bonn ist für den Preis von 500 000 Mk. vom Kaiser erworben worden. Sie soll dem Kronprinzen und später auch seinen Brüdern während ihres Besuchs der Bonner Universität zur Wohnung dienen.

Der Ausbruch „Zuchthausvorlage“ als Bezeichnung für den Entwurf des Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ soll in Sachsen nicht mehr gestattet sein. Wie aus Dresden gemeldet wird, hat in einer in Pilschen stattgefundenen Metallarbeiterversammlung der überwachende Polizeibeamte darauf aufmerksam gemacht, daß der Ausbruch „Zuchthausvorlage“ nicht mehr gestattet wird. Auch in Bayern erregt die Bezeichnung Anstoß.

Dreyfus wurde Freitag Vormittag an Bord des Kreuzers „Sfax“, der von Cayenne ankerte, gebracht, wo er von dem Kommandanten im Namen

der Militärverwaltung in Empfang genommen wurde. Dreyfus war in Zivilkleidung. In dem Augenblick, da Hauptmann Dreyfus an Bord des „Sfax“ kam, befanden sich nur die diensthabenden Offiziere und Matrosen auf dem Verdeck. Vor der Thür der von Dreyfus besetzten Kabine steht ein bewaffneter Matrose Wache. — Der „Sfax“ fuhr um 6 Uhr 30 Minuten nach Brest ab.

Christianis Fall wird immer amüsanter. Nach der verblüffenden ersten Ausrede behauptete er, er sei in Anteuil betrunken gewesen wie ein Ferkel, und jetzt sucht er sich mit einer dritten, noch erbärmlicheren Entschuldigung herauszufügeln, er schreie nämlich vor, er sei plötzlich kreftlos geworden und habe seine That in diesem Zustande begangen.

Aus Paris. Beim Verlassen des Sitzungssaales der Deputiertenkammer wandte sich Georges Dupuy an eine Gruppe Deputierter mit den Worten: „Wir räumen das Feld Glücklichern, aber nicht Tapferen.“

Die Zusammenkunft Loubets mit den abgehenden Ministern trug einen sehr herzlichen Charakter und machte auf Dupuy und seine Kollegen den besten Eindruck. — In den Wandelgängen der Kammer werden als neue Minister genannt: Poincaré, Mallogrosso, die bisherigen Minister: Grandehomme und Guilain. Man spricht auch von Lanessan und Doumergues.

In Transvaal nehmen die Dinge weiter einen ruhigen Verlauf. In einflussreichen Kreisen herrscht die ausgesprochene Meinung, eine friedliche Lösung herbeizuführen.

Der verhaftete Nichols im Verschönerungsprozesse in Transvaal hat, im Gefängnis gestanden, daß er das Haupt der Verschwörung sei und unter der Leitung des britischen Kriegsministers J. H. Ke. Der Polizeigeneral Veatly legte Schriftstücke vor, die beweisen, daß der Angeklagte Patterson Leutnant im zweiten westindischen Regiment war und den Bundesfeldzug mitmachte, sowie Einführungsbriefe von Lord Frederick Hamilton an Oberst Carraway und andere britische Offiziere in Südafrika hatte. Mit diesen Aussagen ist klar bewiesen, daß England die Hand im Spiele hat.

### Vermishtes.

Ein Arzt im Studienarrest, so berichtet die „Badische Landesztg.“. Der Bezirksarzt von Luders wurde kürzlich in seiner Eigenschaft als Reserveoffizier von dem Major des Meldeamts eines Regiments dienstlich auf Meldeamt gerufen. Der Bezirksarzt erschien nicht, entschuldigte sich jedoch andern Tages, daß ihn sein ärztlicher Beruf zu einer Wächlerin gerufen habe, so daß es ihm unmöglich gewesen sei, zu erscheinen. Schon aber war vom Meldeamt die Meldung des Dienstvergehens ans Bezirkskommando nach Donauerschingen abgegangen, von wo dem Bezirksarzt dann ein zweitägiger Studienarrest auferlegt wurde.

Aus Magdeburg. Der Kaufmann Reil aus Altenweddingen ist mit 157 000 Mk. Versicherungsgeldern und 11 000 Mk. Guthaben bei der Magdeburger Privatbank flüchtig geworden. Er hat sich wahrscheinlich nach Amerika gewandt.

Aus Kiel. Der Dreimaster „Amanthia“ ist auf der Fahrt von Mittelamerika nach Deutschland verschollen. Das Schiff ist seit Neujahr unterwegs und nutzlos mit der ganzen Besatzung untergegangen.

Der seltene Fall der Verurteilung eines Dame zu Festungshaft ist gestern vor dem Landgericht zu Berlin vorgekommen. Die Dame ist die Inhaberin eines Stadtlöwenbiers, in dessen Sälen studentische Menzuren stattgefunden hatten. Die Strafe wurde in Höhe von vier Wochen Festungshaft verhängt. Der Geschäftsführer erhielt sechs Wochen Festungshaft.

Aus der Strafanstalt Bismarckstr. in Berlin. Am Freitag früh halb 6 Uhr drei Gefangene ausgebrochen; ihre Flucht wurde indes bald bemerkt, und man nahm sogleich die Verfolgung der Ent-